

„Deutsch ins Grundgesetz“ im BT-Petitionsausschuss mit Mehrheit abgelehnt

(aus: „VDS-Brief“ 45/2011 v. 15.11.11)

Bei der Anhörung im Petitionsausschuss des Parlaments reagierte die Mehrheit der Parteien skeptisch auf die Forderung des VDS und VDA die deutsche Sprache als Landessprache im Grundgesetz festzuschreiben.

Unions-Abgeordnete Sabine Weiss erklärte, in ihrer Fraktion gebe es dazu noch keine „einheitliche Meinung“ (vor drei Jahren stimmte die Mehrheit auf dem CDU-Parteitag für die Aufnahme von Deutsch in die Verfassung. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und die FDP waren dagegen.)

Memet Kilic (Bündnis 90/Die Grünen) meinte, dass das Gerichtsverfassungsgesetz und die Verwaltungsverfahrensgesetze Deutsch als Amtssprache ausreichend festlegen.

Peter Röhlinger (FDP) befürchtete eine abschreckende Wirkung auf Fachkräfte aus dem Ausland, wenn diese erst Deutsch lernen müssten.

Agnes Alpers (Die Linke) sagte, dass Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft sei und Sprachkultur von dieser entwickelt werde. Eine Entscheidung steht noch aus. (das-parlament.de, berlinerumschau.com)